

Mittwoch, den 14. Dezember 2022

Rede zum Haushalt 2023:

„Unsozial und unsolide!“

Ulrich Thoden (Fraktionssprecher DIE LINKE. Ratsfraktion Münster)

– Es gilt das gesprochene Wort! –

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Und täglich grüßt das Murmeltier“. Dass besagtes Murmeltier, also der Haushalt, zum Glück nicht täglich zu debattieren ist, mithin also nur einmal im Jahr grüßt, ist dabei allerdings auch schon die einzig erfreuliche Nachricht. Denn im Gegensatz zu der 1993 gedrehten Erfolgskomödie, die man gefahrlos mehrfach und mit Freude sehen kann, macht dieser Haushalt wenig Freude. Und mehrfach lesen möchte ihn vermutlich selbst die Rathauskoalition trotz der zur Schau gestellten Selbstbeweihräucherung nicht. Vermutlich ist es auch weniger eine tief empfundene Selbstzufriedenheit als das sprichwörtliche Pfeifen im Wald. Denn auch den die Rathauskoalition tragenden Fraktionen dürfte nicht ganz wohl mit diesem Haushalt sein.

Und in der Tat stellt dieser Haushalt den Versuch der sprichwörtlichen Quadratur des Kreises dar. In Krisenzeiten, und ja wir leben tatsächlich in einer solchen Krisenzeit – die Klimakrise ist spürbar Realität, Corona ist noch nicht vorbei, beim Ukraine-Krieg und den wirtschaftlichen Folgen ist noch kein Ende absehbar –, müssen die Menschen dieser Stadt, gerade die Menschen mit wenig Geld in der Tasche, mehr als je zuvor absoluten Vorrang in der Politik und damit eben auch im Haushalt genießen. Dieser Haushalt bildet das schlicht nicht ab. Jetzt könnte man vielleicht denken, ganz im Sinne der von den bürgerlichen Parteien immer propagierten Haushaltskonsolidierung würde ein Sparhaushalt aufgestellt. Aber bei einem Defizit von 48 Millionen Euro allein in 2023 kann davon keine Rede sein. Ab 2024 muss dann sogar die Ausgleichsrücklage in Anspruch genommen werden. Auf Kante genäht ist da noch ein freundlicher Ausdruck. Unsolide der treffendere.

Ein Haushalt der großen Hoffnungen wie es scheint. So etwa bei den erwarteten Einnahmen aus der Gewerbesteuer, immerhin der wichtigsten Einnahmeposition für das Säckel der Stadt. Es wird nämlich mit Einnahmen in Höhe des Rekordjahres 2021 gerechnet. Woher die kommen sollen? „Es wird schon werden“ scheint das Motto. Dass Wirtschaftsweise inzwischen vor einer Rezession in Deutschland warnen, betrifft da wohl nur andere Kommunen. In Münster wird die Wirtschaft offenbar trotz Energiekostenexplosion und Rekordinflation boomen. Letztere vermehrt zumindest auf dem Papier tatsächlich die Gewerbesteuereinnahmen. Gut nur, dass die Inflation sich in Münster nach Einschätzung der Haushaltskoalition offenbar nicht auf der Ausgabenseite niederschlägt. Ein Blick in jeden Supermarkt beweist jedoch für alle Menschen dieser Stadt täglich

das krasse Gegenteil. Von Baukostensteigerungen durch Materialknappheit und Fachkräftemangel einmal ganz abgesehen. Wie gut dass wir in Münster ja keine größeren Bauprojekte vor der Brust haben. Mensch, das könnte uns ja richtig vor die Füße fallen. Und wird es auch!

Das könnte aber auch von anderer Seite her passieren. Personalkosten sind seit jeher der größte Ausgabenposten im Haushalt. Hier steht eine Tarifrunde für den öffentlichen Dienst an, deren Ergebnis außer der Koalition noch niemand kennt. Laut Haushalt erhalten die Beschäftigten 3% mehr Lohn und Gehalt für 2023 und in den Folgejahren jeweils 2%. Bei einer Inflation von 10% also eine satte Lohnkürzung von 7% mit der die Rathauskoalition hier ganz nonchalant rechnet. Vielleicht ist die von den bürgerlichen Parteien so oft als „links“ bezeichnete Koalition ja doch in Wahrheit genauso bürgerlich wie CDU oder FDP (nur mit etwas weniger schlechtem Gewissen). Satte Einkommenssteigerungen gibt's dagegen bei der Stadtwerkgeschäftsführung. Man kann hier für die Beschäftigten nur inständig hoffen, dass sich die Gewerkschaft mit ihrer Forderung nach 10,9% durchsetzen kann. Für meine eigene Gewerkschaft kann ich sagen, wir sind jedenfalls kampfbereit und entschlossen, Reallohnkürzungen auf gar keinen Fall hinzunehmen.

In das Bild der an den Beschäftigten sparenden Koalition passt auch, dass unser Antrag, Praktikantinnen und Praktikanten bei der Stadt mit 650 statt 500€ zu bezahlen, einstimmig bei einer Fürstimme (unserer!) abgelehnt wurde. Wer ein Vollzeitpraktikum absolviert, kann doch wohl trotz Energiepreisexplosion und Inflation von 500€ leben oder nicht? So offenbar die Meinung aller anderen Fraktionen im Rat. Und diese 500€ gibt's natürlich auch nicht ab dem ersten Tag (außer bei Erzieherinnen und Erziehern). Das kostete zu viel so das Argument der ganz großen Koalition der bürgerlichen Parteien und sei nicht umsetzbar. Erstaunlich, denn unser Antrag folgt hier einer Empfehlung des kommunalen Arbeitgeberverbandes. Tja, und so kommt zum bösen Wort ‚unsolid‘ das noch bössere Wort ‚unsozial‘.

Apropos: Immerhin gibt es jetzt einen Sozialenergiefonds für Menschen, die ihre Energierechnungen nicht mehr bezahlen können. Klingt super? Klingt sozial? Ist es auch! Kommt aber nicht von der Rathauskoalition. Unser Antrag zur sofortigen Beschlussfassung im Oktoberrat wurde mit einem Änderungsantrag der Rathauskoalition versehen und angenommen. Wir helfen ja gern, wenn Ratsmehrheiten einen freundlichen Schubser in Richtung Soziales vertragen können. Nun war damit freilich noch keine Finanzierung beschlossen. Daher haben wir einen entsprechenden Haushaltsantrag eingebracht. Bemerkenswerterweise wurde aus Kreisen der Rathauskoalition versucht, uns von diesem Antrag abzubringen: Die Finanzierung des Fonds sei doch schon längst beschlossene Sache und überdies auskömmlich gesichert. Folglich wurde uns nahegelegt, den Antrag als überflüssig zurückzuziehen. Natürlich – sie kennen uns – wenn es um soziale Fragen geht, sind wir hartnäckig, haben wir ihn trotzdem gestellt. Nur um festzustellen, dass die Rathauskoalition selbst einen solchen Antrag (mit niedrigerer Höhe selbstverständlich) eingebracht hat. Kurios. Oder eben „sozial nach Rathauskoalition-Art“. Auch bei einer dringend benötigten Investitionskostenhilfe für die Wohn- und Stadtbau wollte man nicht mitgehen.

Einnahmeverbesserungen im Haushalt steht die Rathauskoalition offen gegenüber und das zu recht! Nur leider ebenfalls nicht sozial ausgewogen. Anstatt unserem alljährlichen Murmeltier, der Anpassung der Gewerbesteuerhebesätze auf das Niveau vergleichbarer Kommunen, zuzustimmen, holt man es sich lieber durch die angedachte Verzwölfachung der Gebühren für

Anwohnerparkausweise und zwei weitere mobile Blitzer. Wobei aus der Einnahmeerzielungsabsicht keinerlei Hehl gemacht wird. Klar, warum soll man sich das Geld von den gut verdienenden Unternehmen in Münster (so ja die Erwartung der Rathauskoalition) holen, wenn man es ohne sozialen Ausgleich von den Menschen aller Einkommensgruppen direkt holen kann? Und ja, die Steuerungswirkung auf den Automobilverkehr kann man als Argument ins Feld führen. Verkehrswende und so. Aber wie ernst ist es damit? Wo sind denn die Mobilstationen, Busvorrangspuren und der Anbindung der Außenstadtteile an die Innenstadt? Für zwei Jahre Rathauskoalition reichlich wenig vorzuzeigen. Die IHK, sonst vielleicht nicht unsere erste Verbündete in der Politik, hat hier Vieles zu Recht angemahnt. Dass man dann im Verkehrsausschuss die Bedenken von Seniorenvertretung und KIB in Punkto Erreichbarkeit einfach übergeht, wenn es um die Gentrifizierung des Martiniviertels geht, ist den Menschen dieser Stadt ebenfalls kaum zu erklären. Die Sorgen von mobilitätseingeschränkten Personen dürfen diesem Projekt nicht im Wege stehen. Dass einem das dann doch peinlich war, dokumentiert eine Protokollnotiz, deren inflationäre Verwendung durch die Parteien der Rathauskoalition mittlerweile legendär ist. Man muss zu seinen Entscheidungen eben auch stehen können. Eine Protokollnotiz entlässt einen - anders als wohl oft gehofft - nicht aus der politischen Verantwortung.

Zu verantwortungsvoller Politik gehört auch der Mut zu Entscheidung. Ein seltener Anblick in der Stadtpolitik. Klare verbindliche Aussagen sind selten und dann selten belastbar. Der Flyover, den man schon vor anderthalb Jahren - wie von uns gefordert - hätte beerdigen können, hat sich nun von selbst erledigt. Durch Aussitzen statt Regierungshandeln. Beim Musik-Campus gibt es außer Unklarheiten vor allem in der Finanzierung nichts Neues. Souveränes Handeln der Rathauskoalition? Fehlanzeige. Vermutlich hofft man insgeheim darauf, dieses Projekt gehe denselben Weg wie der Flyover. Auch zum Gaso geschieht effektiv nichts. Das Kollektiv bekommt eine Mohrrübe nach der nächsten vor die Nase gehalten. Dabei waren spätestens bei der Entscheidung zum Bebauungsplan die Würfel gefallen. Sagen tut das aber niemand laut. Mein Vorschlag daher: Protokollnotiz!

Aber wenigstens beim Klimaschutz läuft's doch gut. So höre ich manche sagen. Klimaneutralität bis 2030. Fantastisch. Sehen wir einmal davon ab, dass die Idee dazu vom Bündnis Klimaentscheid kam und zunächst nur von uns und der ÖDP aufgegriffen wurde. Die anderen mussten zur Jagd getragen werden, aber: Wir wollen ja nicht kleinlich sein. Der Beschluss steht. Soweit so gut? Wenn da nicht die Fakten wären. Die FH Potsdam hat da mal genauer nachgerechnet. In den Bereichen Energie, Gebäude und Landwirtschaft gehört die Stadt zum untersten Drittel. Also kein Ruhmesblatt. Wer jetzt denkt, dann stocken wir doch den Topf zur energetischen Gebäudesanierung auf (er war im vergangenen Jahr nach 6 Monaten aufgebraucht) und verbessern so die Bausubstanz und deren Klimabilanz, der scheitert wie so Vieles am Veto der Rathauskoalition.

In der Krise muss der Blick auf die Menschen mit geringem oder durchschnittlichem Einkommen liegen. Wohnen (in einer geheizten Wohnung!) muss bezahlbar sein. ÖPNV muss zuverlässig, schnell und attraktiv sein, wenn die Verkehrswende gelingen soll. KiTas benötigen dringend Personal. Busfahrerinnen und Busfahrer fehlen. An der Daseinsvorsorge hapert es gewaltig und die Rathauskoalition fährt nur auf Sicht. In Sicht ist damit keine Lösung für die drängenden Herausforderungen der Stadt. Solange an Prestigeprojekte auf Teufel komm raus festgehalten wird

- und man dann in die sprichwörtliche Küche desselben kommt - und dafür die Daseinsvorsorge vernachlässigt, ist dieser Haushalt für meine Fraktion nicht zustimmungsfähig.